



„Blindflug im Nebel ohne Radar“

Hannes Androsch kritisiert die Bankenverstaatlichungen

Wien – Kein gutes Haar hat Hannes Androsch am Mittwoch an der heimischen Politik und Justiz gelassen. Österreich habe die Finanzkrise bisher wohl gut gemeistert, bei seinen Problembanken aber wertvolle Zeit verloren.

Als Fimbag (Banken-ÖIAG; sie verwaltet die Staatsanteile bzw. Staatshilfen an die Banken) habe man schon 2009 den damaligen Finanzminister (*Josef Pröll; Anm.*) aufgefordert, ein Konzept für die kriselnde Hypo Alpe Adria zu erstellen. Denn man habe nichts davon, „eine Therapie zu entwickeln, während der Patient stirbt“, sagte Androsch im Klub der Wirtschaftspublizisten. Passiert sei das nicht, hielt Androsch fest, der selbst als stellvertretender Aufsichtsratschef in der Fimbag sitzt.

Bei der Hypo habe man zu lange vom Prinzip Hoffnung gelebt und damit Geld vernichtet. Die Hypo „hätte man über den Jordan gehen lassen können, dann wäre aber das Land Kärnten wegen der umfangreichen Haftungen pleite gewesen“. Die 2009 erfolgte Notverstaatlichung beschrieb der Ex-SP-Finanzminister als „Blindflug im Nebel ohne Radar“. Das Finanzministerium müsse laut Androsch härter durchgreifen und in der Bank Strukturen aufbrechen.

Dass bei der Hypo nun der Chef der Finanzprokurator und bisherige „CSI Hypo“-Chefermittler, Wolfgang Peschorn, von den Ermittlungen abgezogen wurde, lasse bei ihm den Verdacht aufkom-

men, dass man vielleicht gar nicht so genau wissen wolle, was es etwa mit seinerzeitigen Liechtenstein-Geldflüssen auf sich hatte. Androsch: „Da kann man ja nur den Eindruck gewinnen, dass zu- und nicht aufgedeckt wird.“ Auch im Bawag-Prozess seien viele Fragen offengeblieben. Warum die Bank in Liechtenstein so viele Stiftungen gehabt habe, wisse man bis heute nicht. Die Frage sei, ob man das überhaupt wissen wollte.

Halbe Lösung

Die ÖVAG-Rettungsaktion kritisierte Androsch als „halbe Lösung“. Da sei Klientelpolitik betrieben worden. So wie es aussehe, habe nicht nur die ÖVAG ein Problem, sondern auch der Sektor. Und bei der Kommunalkredit, die 2008 als Erste verstaatlicht werden musste, wisse man nicht, „wie viele Milliarden das noch kostet“. Eine „Lawine“ sieht Androsch zudem heranrollen, wenn bei den Hypos die alten Anleihen abreifen. Weil es keine neuen Haftungen mehr gebe, drohe den Instituten 2017 eine mehrere Milliarden schwere Liquiditätslücke.

All das wird die Parteien beim Nationalratswahlkampf im Herbst 2013 beschäftigen. Damit dieser nicht vom ebenfalls 2013 stattfindenden Politikum rund um die Neubestellung des Direktoriums der Nationalbank gestört wird, zieht diese die für Sommer geplante Neubestellung laut *Wiener Zeitung* ein halbes Jahr vor. (bpf)